

**Zeitschrift:** Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen  
**Herausgeber:** Verein Aktiver Staatsbürgerinnen  
**Band:** 27 (1971)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Ein guter Anfang  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-845564>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Ein guter Anfang

Die mit so viel Spannung erwarteten Nationalratswahlen sind vorbei. Insgesamt elf Schweizerinnen ist es gelungen, Einzug ins eidgenössische Parlament zu halten. Das mag allen jenen, die den Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung mit ihrem Anteil in der Bundesversammlung — elf von 244 — vergleichen, ein recht bescheidener Anfang scheinen. Von Leuten, die bei der Beurteilung der Wahlergebnisse die politischen Realitäten berücksichtigen, wird der Ausgang als sehr günstig bezeichnet. Nennen wir ihn deshalb einen guten Anfang.

Besonders erfreulich an diesem Wahlgang war die gezielte und verantwortungsbewusste Auslese der Kandidaten. Noch nie zuvor ist so viel panachiert worden, ein Beweis dafür, dass die Frauen ihre Wahlzettel mit ebensoviel Sorgfalt und Überlegung ausgefüllt haben wie die Männer.

Ebenso erfreulich ist die Tatsache, dass der Kanton Zürich drei Frauen in den Nationalrat entsendet. Sie werden in Bern je eine Amtskollegin aus den Kantonen St. Gallen, Luzern, Schwyz, Freiburg, Wallis, Neuenburg und Genf vorfinden. Die Genfer Stimmbürger haben zudem die erste und einzige Frau in den Ständerat gewählt. Enttäuschend verlief die Wahl in zwei anderen Kantonen; weder Bern noch die Waadt, eine Wegbereiterin für das Frauenstimmrecht, werden im eidgenössischen Parlament durch eine Frau vertreten sein. Sie werden in vier Jahren Gelegenheit haben, diese Scharte auszuwetzen.

In ihrer Beurteilung des gesamtschweizerischen Wahlausganges sind sich die drei gewählten Zürcher Nationalrätinnen einig: Sie sind mit dem Erreichten sehr zufrieden.



**Lilian Uchtenhagen-Brunner**, Dr. rer. pol., (SP)

Lilian Uchtenhagen erreichte mit 69 875 Stimmen die höchste Stimmenzahl aller Kandidatinnen im Kanton Zürich und nimmt auf der Liste ihrer Partei die zweite Stelle ein. Für sie war die Abschätzung ihrer Wahlchancen noch mit einer zusätzlichen Unsicherheit verbunden. Ihre Partei hatte zum ersten Mal getrennte Listen für Stadt und Land aufgestellt und es war nicht abzusehen, wie sich diese Neuerung auswirken würde. Umso grösser war die freudige Überraschung, als ihre Wahl feststand. Ihr Mandat im Zürcher Gemeinderat will Lilian Uchtenhagen vorläufig behalten, dagegen wird sie ihre berufliche Tätigkeit

reduzieren müssen. Als Volkswirtschaftlerin will sie sich im Nationalrat vor allem mit Strukturproblemen, mit Siedlungs- und Wohnungspolitik befassen.



**Martha Ribi**, lic. oec. publ. (FdP)

Für Martha Ribi war weniger ihre Wahl als das gute Resultat eine Überraschung. Mit 56 078 überrundete sie die bisherigen Nationalräte ihrer Partei und steht an der Spitze der Liste. Sofern von ihrer Arbeitgeberin, der Stadt Zürich, keine Einwände erhoben werden, will Martha Ribi vorläufig Mitglied des Kantonsrates bleiben. Sie hat aber bereits ihre Demission für die Staatsrechnungsprüfungskommission des Kan-

tonsrates (neu: Finanzkommission) eingereicht, da diese Tätigkeit sehr arbeitsintensiv ist. Martha Ribi ist der Auffassung, dass man sich zwar für alles interessieren, aber nicht mit allem befassen könne. In Bern will sie sich insbesondere mit jenen Problemen beschäftigen, die mit ihrer beruflichen Tätigkeit im stadtärztlichen Dienst in Zusammenhang stehen, mit dem Gesundheits- und Krankenhauswesen, mit Sozialpolitik und mit präventivmedizinischen Fragen.



**Hedi Lang** (SP)

Für Hedi Lang, die mit 31 713 Stimmen in den Nationalrat gewählt wurde, war der Ausgang der Wahl ebenso ungewiss wie

für ihre Parteikollegin in der Stadt. Allerdings hat sie im Laufe des Wahlkampfes feststellen können, dass die Frauen grosses Interesse zeigten, was sie in der Hoffnung bestärkte, die Stimmbürger würden der Frau den Einstieg in die eidgenössische Politik nicht verwehren. Als Gemeinderätin in Wetzikon betreut Hedi Lang das Vormundschafts- und Fürsorgewesen. Dieses Amt in der Exekutive ihrer Gemeinde wird sie auch als Nationalrätin beibehalten, doch wird sie ihre berufliche Tätigkeit aufgeben. In Bern will sie sich hauptsächlich für den Ausbau der Sozialversicherungen, für eine Mutterschaftsversicherung und für die Revision des Familienrechtes einsetzen. In ihren Anstrengungen um ein besseres und zeitgemässeres Familienrecht — davon ist Hedi Lang überzeugt — wird sie von den Nationalrätinnen aller politischen Parteien unterstützt werden.

Auch von den **nichtgewählten Kandidatinnen** wurden zum Teil vorzügliche Resultate erzielt. Wir beschränken uns darauf, die Stimmzahlen unserer Vereinsmitglieder aufzuführen:

<b>Paula Aeschbach</b> (SP)	42 307
<b>Lydia Benz-Burger</b> (LdU)	56 621
<b>Margrit Bohren-Hoerni</b> (FdP)	29 796
<b>Annemarie Gilomen-Gilg</b> (FdP)	26 887
<b>Rita Gubler</b> (SP)	27 972
<b>Gertrud Heinzelmann</b> (LdU)	66 049
<b>Erika Liniger</b> (FdP)	21 937
<b>Helen Meyer</b> (CVP)	43 227
<b>Yvonne Naef</b> (EVP)	17 260
<b>Vera Obeid-Ruggli</b> (FdP)	22 451
<b>Regula Pestalozzi-Henggeler</b> (FdP)	33 238
<b>Doris Morf-Keller</b> (SP) als Ständeratskandidatin	117 175

Wir gratulieren den drei Nationalrätinnen zur ehrenvollen Wahl und wünschen ihnen für ihre Tätigkeit im eidgenössischen Par-

lament viel Erfolg. Den gewählten und nichtgewählten Kandidatinnen gebührt unser Dank für ihren grossen Einsatz im Wahlkampf. Ihre Anstrengungen haben bestimmt dazu beigetragen, dass sich das Bild der Frau, die sich vernünftig mit politischen Fragen auseinandersetzen weiss, bei der Bevölkerung immer stärker einprägt.

## Ein Nationaldienst für Frauen?

An einer stark besuchten Informationstagung in Bern haben die vier grossen Dachverbände, der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF), der Evangelische Frauenbund der Schweiz, der Schweizerische Katholische Frauenbund und der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein zuhanden ihrer Mitgliedverbände und einer breiteren Öffentlichkeit vier Modelle für einen Nationaldienst für Frauen vorgelegt. Diese Modelle sind im Laufe eines Jahres von einer Studienkommission unter dem Vorsitz von **Rosmarie Lang, lic. rer. publ.**, Abteilungsleiterin im Zentralsekretariat des Schweizerischen Roten Kreuzes, ausgearbeitet worden.

Bekanntlich ist die Frage einer Dienstpflicht für Frauen seit mehreren Jahrzehnten immer wieder aufgeworfen worden. Im Jahr 1957 wurde zwar eine Vorlage über die obligatorische Eingliederung der Frau in den Zivildienst von den Stimmbürgern abgelehnt, doch vor Urnengängen über die Einführung des Frauenstimmrechtes wurde wiederholt damit gedroht, die politische Gleichberechtigung werde die Pflicht zur Dienstleistung einschliessen.

Wenn die vier Dachverbände nun eine Studienkommission mit der Prüfung eines eventuellen Nationaldienstes für Frauen